

**Rede
des Fraktionsvorsitzenden der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag,
Bodo Ramelow,
zum 8. Landesparteitag, 2. Tagung, 23. 4. 2005, Bad Langensalza**

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn das letzte Krankenhaus, wenn die letzten Stadtwerke, wenn das letzte Trinkwassernetz, der letzte Bus, wenn die letzte Bahnstrecke, das letzte Pflegeheim oder der letzte Blutspendedienst privatisiert oder ökonomisiert ist, wenn der letzte Postkasten abgebaut ist und die Kinder per Handyvertrag direkt in die Schuldnerberatung getrieben sind, wenn der letzte vom Volk gewählte Abgeordnete auf der Lohnliste der Energiekonzerne steht, dann wird man endlich den tiefen Sinn des Satzes verstehen - Sehts mir nach, wenn ich es derb formuliere - „dass man aus Scheiße doch Gold machen kann.“

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir leben in einem Land, in dem es keine Rohstoffe auszubeuten gibt. Wir leben in einem Land, in dem es kein Gold außer dem Bundesgoldschatz, aber ansonsten keine Goldadern gibt. Und trotzdem gibt es in diesem Land viel zu verdienen. Die Maxime heißt seit vielen Jahrzehnten, „es gibt viel zu verdienen, packen wir's ein.“
Und es gibt Handlanger, die mitmachen, fröhlich mitmachen. Ich verweise auf den letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, den man noch versucht hat, so ein bisschen weichzuspülen und etwas schöner zu gestalten, weil er hat einen griffigen Punkt deutlich gemacht. Der Satz „In diesem Land werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher.“ Dieser Satz hat kein Stück an Dynamik verloren, seitdem Rot-Grün regiert. Deswegen nehme ich Herrn Müntefering seine Kapitalismuskritik das ist reiner Wahlkampf nicht ab. Links blinken und rechts fahren! Deswegen kann ich nur sagen, über Steuern wird in diesem Land Armut und Reichtum neu verteilt und neu geregelt.
Es wird dafür Sorge getragen, dass die Kommunen nicht mehr finanziell in der Lage sind, ihre Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge für die Bürger zu betreiben. Darüber schafft man den Druck, dass zum Schluss der Stadtverordnete in seiner Not anfängt, auch noch auf die letzten Privatisierungswege zu gehen. Nicht, weil er das so lustig findet, sondern weil er alternativlos gestellt wird. D. h., wir erleben, dass die Kommunen entdemokratisiert werden mit der Keule der finanziellen Macht des Faktischen. Und an dieser Stelle ist unser Leitmotiv, Kommunen demokratisch zu entwickeln, auch unter dem ökonomischen Aspekt zu sehen. Eine Steuerreform, bei der Kommunen den gerechten Steueranteil erhalten, den sie brauchen, um für die Bevölkerung die Akzente zu setzen, die notwendig sind. Wenn man ihnen das Geld

systematisch aus der Tasche nimmt, dann heißt das, das Feld zu öffnen, dass EON und VEBA und andere sich alles holen, was sie einsacken können. Und zum Schluss heißt es, die Gewinne werden privatisiert, die Verluste werden sozialisiert. Allerdings hat das nichts mit Sozialismus zu tun, das hat ausschließlich etwas mit Turbokapitalismus zu tun.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir in den Mittelpunkt der gesamten Debatte eine Auseinandersetzung um den Sozialstaat stellen. Wenn Eigentum verpflichtet soll, wie das Artikel 14 (2) des Grundgesetzes beschreibt, dann müssen wir auch sagen, wozu? Dass die, die viel Vermögen haben, auch beitragen, dass Steuern bezahlt werden. D. h. wir müssen deutlich sagen, Steuereinnahmen sind das Gebot der Stunde und nicht Steuersenkungspolitik, wie es uns alltäglich suggeriert und übergeholfen wird.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, fällt mir immer der Satz der Altlinken ein, die haben früher immer gesagt „legal, illegal, scheißegal“. Heute kann man sagen, legal, illegal, neoliberal. Und mit dem Konzept wird Europa schon seit vielen Jahren umgebaut. Auch schon vor der Wende, auch schon vor dem, was die Deutsche Einheit genannt wird. Und in Wirklichkeit bedeutet ja die Trennung Deutschlands - indem man mit den Feindbildern operiert Ost gegen West. Gegen all dieses sollten wir ein Konzept der Gemeinsamkeit setzen. Gegen all dieses sollten wir ein Menschenbild setzen, das uns in der Tat unterscheidet von den Nazis. Das uns in der Tat aber auch von denen unterscheidet, die den neoliberalen Zeitgeist jeden Tag Wasser auf die Mühlen gießen.

In diesem Sinne streiten wir für Kommunen, die lebenswert und lebensfähig sind. Lasst uns nachher sehr ausführlich über unsere Vorschläge reden. Aber lasst uns eine Gemeinsamkeit haben. Die PDS muss die Partei sein, die in Deutschland deutlich formuliert: Wir kritisieren einen Kapitalismus, bei dem die Reichen nichts mehr zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen, bei dem wir nicht sprachlos und tatenlos zur Kenntnis nehmen, dass 10 % der Bevölkerung 60 % des Vermögens haben und 60 % der Bevölkerung nicht einmal 10 % des Vermögens haben. Dies hat auch etwas mit Demokratie zu tun, wenn die ganze Verteilung von Geld, von Vermögen, von Ökonomie nur noch gegen die Menschen eingesetzt wird. Wir haben am Mittwoch in der Landtagsfraktion Prof. Lutz von der Fachhochschule Erfurt gehabt, der deutlich gemacht hat, dass mittlerweile aus seiner Sicht und aus den statistischen Befunden festzustellen ist, dass die unter 25-jährigen, die keinen Arbeitsplatz haben, die nicht integriert werden in den Arbeitsmarkt, abtauchen aus der Gesellschaft. Sie werden nicht mehr mitgenommen, weil für sie nichts oder zu wenig getan wird. Nur für 55 % der Betroffenen gibt es ein Hilfsangebot. 45 % lässt diese Bundesregierung, lässt diese

Landesregierung und lässt diese alltägliche Politik links oder rechts am Wegesrand liegen und ich betone, mittlerweile zunehmend rechts am Wegesrand. Das macht uns Angst. Und wenn man dann noch sieht, wie mit dem Thema Mindestlohn umgegangen wird, dass man es mit Füßen tritt, dass man einerseits Hartz IV einführt und die Grenzen der Einkünfte der Bevölkerung ganz drastisch nach unten senkt. Und dann mit dem Thema Mindestlohn ein bisschen spielt. Und sich nicht dazu bekennt, dass Arbeit, die geleistet wird, auch so entlohnt werden muss, dass man von seiner Hände Arbeit leben kann und nicht noch anschließend zum Bedürftigen in diesem Land wird.

Genossinnen und Genossen,

deswegen müssen wir gegen alle diese neoliberalen Konzepte ein Veränderungskonzept setzen. Und das Konzept heißt, die PDS ist nicht die Regionalpartei Ost, aber eine Partei, die aus dem Osten kommt und mit gelebten Lebenserfahrungen dieses Land in West und Ost verändern kann und verändern will. Lasst uns doch mal über Gesundheitsreform ernsthaft reden.

Das Beispiel, das Frank Spieth genannt hat, ist doch der richtige Ansatz in Richtung Bürgerversicherung, in Richtung eines solidarischen Finanzierungssystems, bei dem tatsächlich alle einzahlen müssen, auch der Landtagsabgeordnete. Auch ich will endlich in diese Kassen einzahlen, genauso wie ich will, dass alle anderen, auch die Millionäre genauso herangezogen werden. Das ist doch keine Neiddebatte. Das ist höchstens der Neid auf die, die sich freigekauft haben von allen gesellschaftlichen Lasten. Und da bin ich neidisch, dass das kommentarlos geschieht, dass in der Boulevardpresse noch gut geheißen wird, dass das im alltäglichen Privatfernsehen auch noch unterstützt wird. Da bin ich neidisch drauf und sage, dagegen sollten wir ein nachhaltiges kapitalismuskritisches Bild setzen. Das ist doch keine Kritik an Unternehmern, die ordentlich ihre Arbeit machen, die ordentlich mit ihren Beschäftigten umgehen, die ordentlich am Markt versuchen, sich zu platzieren. Die kritisieren wir doch nicht, die unterstützen wir doch. Aber wir kritisieren all die Unternehmer, die nur noch auf Ausbeutung, Ausnutzung und Vernichtung setzen. Ein Beispiel: die dänischen Fleischkonzerne kommen mittlerweile mit ihren Produktionsbetrieben nach Deutschland, nach Schleswig-Holstein, aber nicht, um schleswig-holsteinische Menschen nach dem Tariflohn einzustellen, sondern weil sie in Deutschland die billigen Kontingentarbeiter aus Polen einsetzen dürfen, die noch unter dem deutschen Tariflohn arbeiten. D. h. man nutzt Deutschland mittlerweile als Transferland aus, um andere Menschen auszunutzen. Die Ausgenutzten sind alle drei - die dänischen Beschäftigten, die deutschen Beschäftigten und die polnischen Beschäftigten. Gegen ein solches Vorgehen setzen wir das Konzept von geregelten Einkünften. Die will ich in Polen, die will ich in Dänemark und die will ich in Deutschland. In Europa muss man sich von eigener Hand ernähren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
an vielen Stellen haben wir als PDS Alternativangebote. Lasst sie uns deutlich formulieren. Und ich will Konrad Scheringer beruhigen. 5 % aus eigener Kraft, das ist mein Ziel als Bundeswahlkampfleiter. Wir müssen aus eigener Kraft zurückkehren in den Deutschen Bundestag und Tausend Gründe schaffen, dass Menschen in West und Ost begreifen, es lohnt sich, bei der PDS ein Kreuz zu machen. Zu sagen, gegen neoliberalen Zeitgeist kann man die rote Karte zücken und die heißt PDS.

Drei Argumente will ich nur nennen.

In Zukunft wird es im Deutschen Bundestag keine Debatte mehr über Auslandseinsätze der Bundeswehr geben, wenn wir als PDS nicht in den Bundestag zurückkehren. Die jetzigen Abgeordneten in ihrer Mehrheit, mit Ausnahme unserer beiden aktiven Genossinnen, haben ein Entsendegesetz beschlossen. Die Bundeswehr kann jederzeit eingesetzt werden. Nur wenn eine Fraktion den Antrag stellt, wird im Bundestag überhaupt noch darüber diskutiert. Das ist schon der erste Grund, der friedenspolitische. Damit über jeden Bundeswehreinsatz in Zukunft im Deutschen Bundestag wieder debattiert wird, müssen wir in Fraktionsstärke einziehen.

Und einen zweiten will ich Euch nennen.

Hartz IV, Ihr habt es alles wunderbar überall schon begründet gehört und selber auch auf Veranstaltungen gesprochen, aber gegen Hartz IV hätten wir ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht direkt einleiten können, wenn wir in Fraktionsstärke im Bundestag gewesen wären.

Und drittens: Das Thema Osten würde dann wenigstens wieder im Bundestag thematisiert.

Die 331 Euro Ost, bei denen Herr Thierse sagt, er hätte es erst hinterher bemerkt und es sei ja notwendig, darüber mal neu nachzudenken. Da sage ich, wären wir als Fraktion dort und hätten Alternativanträge stellen können mit unserem Konzept gemeinwohlorientierter Tätigkeit, mit unserem Konzept Mindestlohn und weiteren Konzepten, dann hätte er es mindestens im Deutschen Bundestag während der Plenardebatte gehört und nicht hinterher zufällig, als die Demonstrationen losgingen. Deswegen hat er bei den Demonstrationen was gelernt. Aber in Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass er mit den Demonstrationen und im Deutschen Bundestag lernt, wie der soziale Zustand und nicht nur der gefühlte, sondern der tatsächliche in Deutschland

ist. Armut ist wieder alltäglich geworden. Und daran hat die rot-grüne Bundesregierung ihre Aktie, und zwar ihre dicke Aktie.

Lasst uns an der Stelle gegen dieses Aktienpaket eine klare deutliche rote Karte setzen. Das sind drei zentrale Punkte, bei denen wir deutlich machen müssen, mit einer anderen Politik wird man eine andere Debatte im Deutschen Bundestag wieder hören. Genossinnen und Genossen,

lasst mich als Fraktionsvorsitzender aus dem Thüringer Landtag wenigstens darauf hinweisen, ich höre immer wieder, wenn ich an der Basis bin, von Euch im Landtag hört man nichts. Von der PDS hört man nichts oder viel zu wenig. Die bürgerliche Presse berichtet nicht über Euch.

Ich habe deswegen gebeten, dass wir Euch ein Material auf den Tisch legen, was seit dem Suhler Parteitag bis heute alles über uns in Thüringen in der Zeitung erschienen ist. Nehmt es wenigstens mal zur Kenntnis, wägt es mal, wiegt es mal. Es ist in Gramm zu wiegen. Die PDS findet statt. Aber lasst uns doch mal stolz darauf sein und sagen, das ist gut, aber wir können es noch verbessern. Auf Bundesebene können wir es erst wieder verbessern, wenn wir Akzente setzen. Deswegen kämpfen wir im nordrhein-westfälischen Wahlkampf um mehr als nur um einen Achtungserfolg um die zwei Prozent. Da kämpfen wir um die Grundsubstanz, um in den Deutsche Bundestag aus eigener Kraft zurückkehren zu können.

Eine zweite Bemerkung. Wir haben Euch weiterhin ein Material auf den Tisch gelegt, das die Tage gestern und vorgestern im Landtag nachzeichnet. Das ist nicht vollständig. Die Reden, die hier noch fehlen, können in den nächsten Tagen alle im Netz nachgelesen werden. Das ist nur der Stand von Donnerstag, weil wir deutlich machen wollten, wir stehen an der Seite der Erfurterinnen und Erfurter und all derjenigen, die auf dem Anger gestanden haben und die martialische Schlacht mit Wasserwerfern ertragen mussten und eben auch erlebt haben, wie die Staatsmacht Angst ausübt, und gegen diese Angst haben wir klar im Landtag Position bezogen. Deswegen meine Bitte, guckt Euch das an, guckt Euch die ergänzenden Materialien an. Das, was hier noch fehlt, ist einmal die Rede von Matthias Bärwolff, ist die Rede von André Blechschmidt, die sich in der Plenardebatte noch ausdrücklich nachhaltig geäußert haben. Aber was wirklich fehlt, das konnten wir am Donnerstag, als das erarbeitet wurde, noch gar nicht ahnen. Was Herr Köckert am Freitag im Namen der CDU-Fraktion gesagt hat. Ich wiederhole, was ich im Landtag gesagt habe: Es war mir noch nie so kalt im Landtag wie bei dieser Rede. Das war eine diffizile Demagogie, wie ich sie selten erlebt habe. Da kam ein Herr Köckert wieder vor, wie er immer als Innenminister agiert hat. Das ist der Herr Köckert, der verantwortlich war als Innenminister des Freistaates Thüringen, dass die V-Leute des Verfassungsschutzes bei

der NPD tätig waren. Dies hat anschließend zum Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens geführt. Seine V-Leute haben die Bundesrichter zum Anlass genommen und gesagt, wir wissen nicht mehr, führt die NPD die NPD oder die Verfassungsschutzämter die NPD. Ist es die staatliche Provokation oder die Provokation dieser Partei, mit der wir uns verfassungsrechtlich auseinandersetzen müssen? Und wenn diese Trennlinie zwischen staatlichem Einfluss und dem Neonazismus der NPD selbst nicht mehr erkennbar ist, dann soll so ein Herr Köckert wirklich schweigen auf immer und nicht mehr höhnisch sagen, die NPD sei ja eine zugelassene Partei, deswegen müsste man deren Demonstrationsrecht durchsetzen. Das bedeutet doch, dass man sich in die Mitte stellt und sagt, wir gucken nur zu, was links und rechts geschieht. Links und rechts ist für ihn gleich. Alles ist die gleiche Bedrohung. Das verhöhnt alle Opfer von Auschwitz, von Buchenwald, von all denjenigen, die vom braunen Ungeist in die KZ's, in die Gaskammern gebracht wurden. Zwischen DDR und Nazireich liegen mindestens die Leichenberge aller Konzentrationslager
Und wer das kleinredet, der ist ein gefährlicher Biedermann oder er ist schon auf dem Weg zum Brandstifter, weil dann zwischen Biedermann und dem Brandstifter keine Unterscheidung mehr ist.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, wir werden trotzdem, trotz dieser Eskalation vom Freitag weiterhin im Thüringer Landtag werben, dass wir nicht mit dem Thema Antifaschismus die Mitte der Gesellschaft bekämpfen, sondern versuchen, dass wir die Mitte der Gesellschaft gewinnen, sie zu bewegen, gegen braunen Ungeist zu kämpfen. Wir brauchen alle Menschen in diesem Land, selbst wenn Herr Köckert meint, Öl ins Feuer kippen zu müssen. Wir werden weiterhin mit CDU-Abgeordneten und mit konservativen Menschen darüber reden, dass man braunem Ungeist nur die geschlossene Kraft der Demokraten entgegensetzen kann.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, rufe ich Euch auf, rufen wir Euch auf. seid am 28. Mai in Weimar, wenn die Nazis aufmarschieren wollen. Bringt noch mehr mit. Ich träume von dem Tag, an dem die Feuerwehr, der Kirchenkreis, die Sportvereine alle gemeinsam mit den Menschen an solchen Tagen in die Stadt kommen und den Nazis zeigen, ihr seid unerwünscht, ihr seid nicht nur ewig gestrig, ihr seid gemeingefährlich.

Ich rufe Euch auf, wir rufen Euch auf, am 11. Juni in Jena, auch wenn der Thüringer Landtag den Tag der offenen Tür feiert. In Jena wird es eine Zusammenrottung von 10.000 Nazis aus ganz Europa, wird es ein besonders mieses sogenanntes „Fest der Völker“ geben. Sie kommen, um deutlich zu machen, wir sind wieder da. Das ist eben wie bei Hase und Igel, wo es am Ende der Reihe ruft, ick bin all hier. Aber das ist

gemeingefährlich. Wenn ick bin all hier am Ende in jeder einzelnen Furche steht, und wenn ick bin all hier in der Schule mit einem T-Shirt, bei dem der Lehrer nicht mal merkt, dass es ein neofaschistisches Erkennungszeichen hat, bei dem der Lehrer nicht mal merkt, warum die anderen in der Klasse immer ruhiger werden. Aber es gibt solche Zeichen auch in Sportvereinen und im Feuerwehrverein. Es ist eben nicht nur ein Jugendthema. Es ist ein Thema an den Stammtischen, in der Kneipe, in der Straßenbahn, überall, wo Ausländerfeindlichkeit propagiert wird. Überall, wo Feindbilder propagiert werden, müssen wir deutlich sagen, nein. Inländer gegen Ausländer ist nicht die Kapitalismuskritik, die wir üben. Das ist die der Nazis. Inländer gegen Ausländer heißt, Menschen gegen Menschen aufzubringen. Und unser Menschenbild sagt, wir kämpfen nicht gegen die Arbeitslosen, sondern gegen die Arbeitslosigkeit. Und die trifft alle Menschen in West und Ost. An dieser Stelle haben wir eben ein anderes Menschenbild und ein anderes Politikverständnis. Deswegen am 25. Juni in Erfurt die Wiederholung von dem, was schon mal war, zynisch am letzten Samstag. Man hatte das Gefühl, wenn die Sonne noch ein bisschen mehr geschienen hätte und die Demonstranten, die demokratischen Demonstranten, Badehosen mitgehabt hätten, wäre ja die Wasserdusche eigentlich eine nette Abkühlung gewesen. So hatte man fast den Eindruck, und wer kühl so etwas sagt im Landtag, der verkündet Law and Order.

Wer dann sagt, die Alternative zu Wasserwerfern wären Schlagstöcke, der verwechselt den Staffelstab von Buchenwald, der uns allen ins Stammbuch geschrieben wurde. Der verwechselt den Staffelstab von Buchenwald mit dem Polizeiknüppel. Das sollte uns Angst machen. Wir wollen nicht den Polizeiknüppel, wir wollen den Staffelstab von Buchenwald aufnehmen.

Deswegen, ich wiederhole es, am 28. Mai Weimar, am 11. Juni in Jena, am 25. Juni in Erfurt, am 9. Juli in Gera: Seid da, zeigt Gesicht, guckt nicht weg! Aber helft auch überall, wo dieses braune Netzwerk seine Knoten bildet und bindet und versucht, neue Wege zu gehen, um national befreite Zonen überall um uns herum langsam stückweise zurückzugewinnen. Seid wachsam und ich sage, mit Nietzsche „Die Wüste wächst“. Wehe dem, der Wüsten in sich trägt.

Lasst uns dafür sorgen, dass wir braune Wüsten in Thüringen und in Deutschland und in Europa nicht zulassen.

Wir stehen dagegen. Wir haben ein anderes Menschenbild. Wir sagen, brauner Ungeist darf von Deutschland nicht mehr ausgehen.

Vielen Dank.